

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/37

Bonn, den 23. Februar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 3

Sorgen deutscher Auslandsschulen

125

Kompetenzstreit innerhalb der Bundesregierung

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

4

Quo vadis FDP ?

43

Tritt Frau Hildegard Hamm-Brücher (MdB) aus der Partei aus ?

5 - 6

Flüchtlingshilfe und Länderfinanzen

106

Grenzen der Finanzkraft

Proteste an falsche Adresse

+ . +

## Sorgen deutscher Auslandsschulen

Kompetenzstreit innerhalb der Bundesregierung

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Die zahlreichen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 4. 2. 1965 über die Gestaltung des deutschen Auslandsschulwesens müssen in jeder Hinsicht begrüßt werden. Nicht nur, daß die Kultusminister sich zu einer organisatorischen Verbesserung des Status der deutschen Lehrer an den Auslandsschulen bekannt haben; sie haben auch verdienstvollerweise endlich Kriterien aufgestellt, nach denen deutsche Auslandsschulen anzuerkennen und zu beurteilen sind. Es ist kein Geheimnis, daß, obgleich manch berechtigter Bedarf an deutschen Schulen im Ausland aus Mangel an Geld unbefriedigt bleiben mußte, andere Schulen aus deutschen Steuergeldern bezuschußt werden und gebaut worden sind, welche ihre Kennzeichnung "deutsche Schule" eigentlich nicht recht verdienen. Es ist daher zu hoffen, daß eine Anerkennung als deutsche Auslandsschule in Zukunft nur dann erfolgt, wenn die von der Kultusministerkonferenz aufgestellten Grundsätze tatsächlich beachtet werden. Danach müssen die Arbeit der betreffenden Schulen auf innerdeutsche Bildungsziele abgestimmt und ihre Lehr- und Bildungspläne den Anforderungen entsprechen, die an vergleichbare Inlandsschulen gestellt werden. Das ist zufolge nationaler Schulgesetze leider durchaus nicht überall der Fall.

### Ein X für ein U vorgemacht

Man wird sich überlegen müssen, ob insbesondere in lateinamerikanischen Raum nicht eine Reihe von Schulen, die überwiegend als Standesschulen zu gelten haben und in denen Kinder deutscher Eltern nach lateinamerikanischen Lehrplänen in spanischer Sprache teilweise von deutschen Lehrern auf lateinamerikanische Prüfungen hin unterrichtet werden, einer grundlegenden Reform bedürfen und, wenn diese sich nicht ermöglichen läßt, in einen anderen Status überführt werden können. Da es für viele dieser Schulen seit Jahren keine ausreichende Schulinspektion gibt, werden die Bedeutung und die Leistungen solcher Schulen allzu häufig in rosigem Licht dargestellt. Dazu kommt, daß viele unserer Kulturattachés nicht über ausreichende pädagogische Erfahrungen verfügen, um über Qualität und Erfolg der Schule zutreffend berichten zu können, und daß andere sich überhaupt nur höchst unzulänglich um die Belange von Lehrer und Schüler kümmern. Wie man aus den Erfahrungen der von diesen Schulen zurückgekehrten Lehrer schließen kann, wird bei gelegentlichen Visitationen selbst manchem dieser Inspektoren ein X für ein U vorgemacht. Man hört auch, daß Manipulationen sowohl bei Noten wie auch bei Abiturprüfungen vor allem dann, wenn es sich um Sprößlinge von Schulvorstandsmitgliedern handelt, an einigen dieser Schulen offenbar bisher keine Seltenheit gewesen sind. Ebenso gilt die geistige Grundhaltung der Schulvorstände einigen lateinamerikanischen Schulen zu dem Zweifel Anlaß, ob manche dieser Institute eine Förderung aus Mittel des Auswärtigen Amtes verdienen.

Was soll man z.B. sagen, wenn der Schulvorstand an der deutschen Schule in Buenos Aires einem neu eingetroffenen Lehrer für Deutsch und Geschichte unverblümt mitteilt, daß ein zeitgeschichtlicher Unterricht, wie er in der Bundesrepublik gehalten wird, unerwünscht sei und daß an der selben Schule alle Versuche verhindert werden, einen zeitgeschichtlichen Vortrag über das Thema "Hitlers Weg zur Macht" zu halten. Uns scheint auch, daß es kaum mit dem Charakter einer deutschen Schule vereinbar ist, wenn praktisch keine Freiplätze zur Verfügung gestellt und Schulgelder in einer Höhe verlangt werden, wie sie nur die begüterte Oberschicht aufbringen kann. Von der oben erwähnten Schule wird z.B. berichtet, daß die Schulgelder höher liegen als in der teuersten örtlichen Internatsschule.

#### Arge Belastung der Schulen

Schließlich wird infolge der Schulgesetzgebung des Gastlandes der deutsche Unterricht vielfach nur zusätzlich zum normalen Unterricht erteilt, in der Regel nachmittags; was in einer ganzen Reihe solcher Schulen zu einer argen Belastung der Schüler führt. In einzelnen Schulen kommt hinzu, daß derselbe Lehrstoff, der am Vormittag auf spanisch vermittelt wird, am Nachmittag auf deutsch gepaukt wird. In einigen Schulen südamerikanischer Städte hat der Versuch, durch verstärkten Deutschunterricht dem Charakter einer deutschen Schule wieder näherzukommen, aus den eben geschilderten Gründen sogar zu heftigen Differenzen zwischen den Eltern und dem Lehrkörper geführt.

Das Verhältnis Lehrer - Schulvorstand - Botschaft ist überhaupt in vielen Orten trotz zehnjähriger Entwicklung ein vielfach ungeöstes Problem geblieben.

Daß der Lehrer in vielen südamerikanischen Staaten gesellschaftlich eine sehr niedrige Stellung hat, ist auf die aus Deutschland entsandten Lehrer nicht ohne Einfluß geblieben, dies um so weniger, als manche Botschaften ihre gesellschaftliche und sonstige Fürsorge für die deutschen Lehrer nur sehr lässig betreiben. Dabei liefern diese Lehrer einen wesentlichen Beitrag zur deutschen Auslandskulturarbeit.

Um noch einmal von Argentinien zu sprechen: Hier haben die Bundesregierung und die deutsche Botschaft z.B. nicht durchzusetzen vermocht, daß deutsche Lehrer ihren Wagen nach Argentinien mitbringen dürfen. In einem Lande, in dessen weiten Räumen man unbedingt einen Wagen braucht, sind das Privilegien, wie sie beispielsweise die französische und die amerikanische Regierung für die Lehrer an ihren Schulen längst erwirkt haben. Hier hat es einfach an der nötigen Einsatzbereitschaft zugunsten der deutschen Lehrer gefehlt.

#### Prekäre Lage deutscher Lehrer

Auch die verwaltungsmäßige Versorgung der deutschen Auslandslehrer läßt nach wie vor sehr viel zu wünschen übrig. Es wird immer

wieder von Fällen berichtet, in denen Lehrer zwei bis drei Jahre auf die Auszahlung der ihnen im Ausland zustehenden Mietzuschüsse warten müssen. Eine ganze Reihe von Klagen sind darüber laut geworden, daß das mit den Berechnungsmodalitäten betreute Bundesverwaltungsamt finanzielle Vereinbarungen nicht honoriert, die in Verlautbarungen der Schulabteilung des Auswärtigen Amtes den Lehrern zur Kenntnis gegeben worden sind. Des weiteren reißen die Klagen darüber nicht ab, daß in Ländern mit starken Inflationserscheinungen die deutschen Lehrer an Auslandsschulen nur Bruchteile jener Kaufkraftzulagen erhalten, wie sie die Mitglieder unserer diplomatischen Missionen erhalten, und daß diese für einzelne Auslandslehrer auch bis zum heutigen Tag weder verbindlich festgesetzt worden sind noch von den Berechnungsstellen im Bundesverwaltungsamt in angemessenem Umfang anerkannt werden.

In Argentinien ist gegenwärtig aus diesem Grund die Lage der deutschen Lehrer außerordentlich prekär. Dies ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die immer wieder hinausgezögerte Errichtung einer Zentralstelle für das Auslandsschulwesen nun dringlich wird. Nun hat ja auch die Kultusministerkonferenz in ihren Beschlüssen über die Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt auf dem Gebiet der Auslandsschulen hierzu das grüne Licht gegeben.

Der Bundesminister des Auswärtigen Amtes hat in der Haushaltsdebatte erklärt, man warte in dieser Hinsicht nur noch ein Gutachten der Bundesbeauftragten für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung ab.

#### Differenzen innerhalb der Bundesregierung

Das Warten auf dieses Gutachten ist vom Auswärtigen Amt schon seit zwei Jahren dem Haushaltsausschuß gegenüber als Ausrede benutzt worden, um zu verheimlichen, daß innerhalb der Bundesregierung über die Errichtung dieser Zentralstelle Differenzen bestanden, welche die längst überfällige Lösung verhindert haben. Lange hatte sich der Bundesinnenminister gegen die Zentralstelle gewehrt, weil er sein Bundesverwaltungsamt für die richtige Institution hielt, um die Verwaltungsaufgaben des Auslandsschulwesens zu erledigen. Die Praxis hat ihn widerlegt.

Nun aber scheint es der Bundesfinanzminister zu sein, der sich gegen eine brauchbare und allseits akzeptable Lösung sperrt, wie sie eine Zentralstelle für das Auslandsschulwesen darstellt, weil er die hierfür nötigen Aufwendungen scheut. Es bleibt zu hoffen, daß angesichts der zahllosen, offenbar unter den bisherigen Verhältnissen nicht auszurottenden Mängel und Mißstände die Bundesregierung rasch zur Einsicht und zu brauchbaren Entschlüssen kommt. Bis dahin müssen Lehrer und Steuerzahler weiter die Zeche bezahlen.

Quo vadis FDP ?  
-----

Tritt Frau Hildegard Hamm-Brücher (MdB) aus der Partei aus ?

D.S. - Nach in Münchener politischen Kreisen umlaufenden Gerüchten erwägt die Kulturpolitikerin und frei-demokratische Abgeordnete im bayerischen Landtag, Frau Hildegard Hamm-Brücher, ihren Austritt aus der FDP. Bereits vor einiger Zeit hatte die Politikerin den Vorsitz des kulturpolitischen Arbeitskreises ihrer Partei niedergelegt und eine erneute Kandidatur für den Rundfunkrat abgelehnt. Der Landesvorsitzende der bayerischen FDP, Klaus Dehler, hat es zwar nicht an beschwichtigenden Erklärungen fehlen lassen und diese Vorgänge als "rein persönliche" Angelegenheit Frau Hamm-Brüchers bezeichnet. Und jüngst verstieg er sich im Saarländischen Rundfunk gar zu der Behauptung, Frau Hamm-Brücher sei aus Verärgerung darüber zurückgetreten, daß sie nicht zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt worden sei. Jedoch sind diese Behauptungen weder fair, noch entsprechen sie den Tatsachen.

In Wirklichkeit ist nicht nur Frau Hamm-Brücher, sondern sind weite Kreise der bayerischen FDP besorgt über den zunehmend nationalistischeren Kurs der weiß-blauen FDP. Diese Sorge wird noch dadurch verstärkt, daß der Landesvorsitzende Dehler zwar zahlreiche Erklärungen und Dementis abgibt, aber nichts wirklich Entscheidendes gegen den strammen Rechtskurs gewisser Gruppen in seiner Partei unternimmt. Zu diesen Kreisen gehören:

- \* der stellvertretende Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Josef Ertl, der seinerzeit zusammen mit dem
- \*  
\* Rechtsanwalt Adolf Sturm aus den Überbleibseln des verbotenen rechtsradikalen "Bundes Nationaler Studenten" den "Freien Demokratischen Studentenbund" gründete,
- \*  
\* der Münchner Kreisvorsitzende Bruckner und
- \*  
\* der Fahrlehrer Albert Stückler, ein früherer SS-Offizier.

Bezeichnend ist, daß auch Meldungen nicht dementiert werden konnten, nach denen der wegen antisemitischer Äußerungen und wiederholter Schmähung des Alt-Bundespräsidenten 1963 aus der FDP ausgeschlossene ehemalige Landesgeschäftsführer Altscheffel nach wie vor einen starken Einfluß auf rechtsstehende Kreise der bayerischen FDP ausübt.

Der Einfluß dieser Kreise auf die Politik der bayerischen FDP hat dem Vernehmen nach bereits solche Ausmaße angenommen, daß sich mehrere liberale Mitglieder der Partei ernsthaft die Gewissensfrage vorzulegen beginnen, ob sie unter diesen Umständen noch in der Partei bleiben können. Zu ihnen gehört auch Frau Hamm-Brücher, die sich als liberale Kulturpolitikerin weit über die weiß-blauen Grenzpfähle hinaus einen Namen gemacht hat. Das sind die wahren und beunruhigenden Hintergründe der Krise, in der sich die bayerische FDP befindet. Ihr wird nicht länger mit beschwichtigenden Erklärungen beizukommen sein.

## Flüchtlingshilfe und Länderfinanzen

### Grenzen der Finanzkraft Proteste an falsche Adresse

P.O.V. - Von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, hat der Bundesrat in seiner letzten Sitzung einen Beschluß gefaßt, dem grundlegende Bedeutung zukommt. Die Ländervertretung hat wegen des vom Bund vorgelegten "Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin" den Vermittlungsausschuß angerufen. Die Länder sind nicht bereit, bei der Durchführung dieses Gesetzes, das die praktische Gleichsetzung von Zonenflüchtlingen und Ostvertriebenen anstrebt, 25 Prozent aller Kosten zu übernehmen, wie es die Bundesregierung wünscht. Die Länder wollen nur 20. v.H. der Aufwendungen dem Bund erstatten, und dies auch nur für die Abschnitte II - Einrichtungshilfe - und V - Landwirtschaftsengliederungshilfe - . Alle übrigen Kosten soll der Bund in voller Höhe tragen.

Gegen diese Absicht und gegen die Anrufung des Vermittlungsausschusses haben bereits Proteste von Vertriebenen-Organisationen verschiedener Landesregierungen erreicht. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, was den Bundesrat zu seiner Haltung bewegen hat.

Es ist keine Ablehnung - das muß gleich vorweg gesagt werden - die sich etwa gegen den sozialpolitischen Inhalt des Gesetzes richtet. "Eine ganz andere Frage aber ist es", so erklärte Hamburgs Finanzsenator Prof. Weichmann als Berichterstatter des Finanzausschusses vor dem Bundestag, "ob die sozialpolitische Zielsetzung auch in der vom Gesetz vorgesehenen Weise von Bund und Ländern finanziell realisiert werden kann". Diese Frage hat der Finanzausschuß mit einem eindeutigen NEIN beantwortet. Hinter diesem NEIN stehen sehr ernste und grundsätzliche finanzpolitische Überlegungen aus der Sicht des Verhältnisses von Bund und Ländern.

Zunächst einmal gibt es formale Gründe für das NEIN des Bundesrates. In seiner jetzigen Fassung ist der Entwurf des kritisierten Gesetzes eindeutig auf die Regelung von Kriegsfolgelasten abgestellt. Durch das Gesetz soll ein Anspruch auf Fürsorge in einen Rechtsanspruch auf Entschädigungsleistung umgewandelt werden. Das sogenannte Dürckheimer-Abkommen über die Verteilung von Kosten zwischen Bund und Ländern schließt nun aber eindeutig eine Kostenverteilung aus, wie sie beim vorliegenden Gesetz dem Bund vorschwebt. Jenes Abkommen war die Grundlage für die Erhöhung des Bundesanteils an den direkten Steuern, man kann nicht von den Ländern verlangen, daß sie nun zu ihren Ungunsten vom Dürckheimer-Abkommen abweichen.

Überdies wird der vom Bund verwendete Begriff "Interessenquote der Länder" schon durch die Tatsache ausgeschlossen, daß vorgesehen ist, den Vollzug des Gesetzes in Bundeseigener bzw. in Bundesauftragsverwaltung durchzuführen. Nur da, wo das Gesetz die Durchführung eindeutig in die Hand der Länder legt - oben bei den Gesetzesabschnitten II und V - sind die Länder zur Übernahme eines Anteils - oben 20 Prozent - bereit.

Nun mag es Kritiker geben, denen die bisher genannten Einwände zu formal sind. Sie hat der Hamburger Finanzsenator an zwei Tatsachen erinnert:

\* Erstens hat das vorliegende Gesetz im Lauf seiner Beratung  
\* durch den Bundestag eine Aufstockung der Finanzlast von  
\* 500 auf rund 2.000 Millionen DM, also auf das Vierfache, er-  
\* fahren. - Zweitens können die Länderregierungen die ihnen  
\* zugemutete Kostenbeteiligung auch aus der unmittelbaren Sicht  
\* der Länderfinanzen nicht akzeptieren.

\* Dieses Argument müßte eigentlich vor allem aus der Sicht der  
\* Vertriebenenverbände einleuchtend sein. Denn die Integration  
\* der Vertriebenen und Flüchtlinge in das Wirtschaftsleben, der  
\* Bau von Wohnungen für sie - das alles vollzieht sich doch auf  
\* der Ebene von Ländern und Gemeinden. Wenn deren Finanzen  
\* krank sind, dann bekommen das gerade die wirtschaftlich  
\* schwachen Schichten der Bevölkerung zu spüren. Und in der Fi-  
\* nanzpolitik befinden wir uns nicht erst seit gestern auf  
\* einem gefährlichen Wege, in dessen Verlauf die Finanzkraft  
\* von Ländern und Gemeinden zunehmend geschwächt wird.

\* Es gibt einen ganzen Katalog von Ursachen für Steuerausfälle  
\* der Länder, und dieser Katalog wird immer länger. Da ist das  
\* Steueränderungsgesetz Teil 1, die Aufhebung der Wertpapier-  
\* steuer, das Vermögensbildungsgesetz, Teil 2 des Steuerände-  
\* rungsgesetzes und weitere künftige Maßnahmen. Es ist mehr  
\* als zweifelhaft, ob diese Ausfälle oder Mehrbelastungen durch  
\* die Länder zu verkraften sein werden. Zwar wächst die dem Bund  
\* zufallende Umsatzsteuer entsprechend der nominellen Zuwachs-  
\* rate der Länder - aber die Länder fallen zurück, da die gewinn-  
\* abhängigen Steuern bei weitem nicht entsprechend steigen. Die-  
\* se Steuern aber gehören zu den tragenden Einnahmequellen für  
\* die Länder.

\* Schon haben sich in einzelnen Länderhaushalten für 1964 Defi-  
\* zite abgezeichnet, selbst so Finanzstarke Länder wie z.B. Ham-  
\* burg sind davon nicht verschont geblieben, und die Entwicklung  
\* der Lage auf dem Kapitalmarkt ist ja seit geraumer Zeit alles  
\* andere als ermutigend, wenn man an Anleihen denkt. Auf der an-  
\* deren Seite aber werden die Aufgaben von Ländern und Kommunen  
\* für Wohnungsbau, Bildung, Verkehr und Gesundheit wahrhaftig  
\* nicht geringer. Daher ist nicht zu bestreiten, was vor dem Bun-  
\* desrat von Hamburgs Finanzsenator gesagt wurde: "Die Länder  
\* müssen sich von nun ab jeder weiteren Einengung ihrer Finanz-  
\* kraft entschieden widersetzen."

Für die Vertriebenen mag es schmerzlich sein, daß solch berech-  
\* tigter Grundsatz ausgerechnet an einem für sie bestimmten Gesetz prak-  
\* tiziert werden soll. Aber es ist unlegbar Aufgabe der Ländervertreter  
\* im Bundesrat, warnend ihre Stimmen zu erheben, wenn die Flut der Ge-  
\* setzesvorlagen immer mehr zunimmt. Daher wird sich auch die Bundesre-  
\* gierung zu einer echten Finanzplanung bequemen müssen, in deren Rahmen  
\* Gesetze nach ihrer Tragweite, Rangfolge und finanziellen Realisierbar-  
\* keit beurteilt werden.

Niemand kann bestreiten - und am allerwenigsten neigen die von  
\* Sozialdemokraten geführten Regierungen dazu - daß in unserem Staat ne-  
\* ben die politische Gleichberechtigung der Bürger die wirtschaftliche  
\* Angleichung von einzelnen und Gruppen als Aufgabe von Staat und Ge-  
\* sellschaft treten muß. Und genau zu dieser nicht zuletzt die Vertrie-  
\* benen berührenden Forderung richtete der Finanzsenator aus Hamburg vor  
\* allem an den Bund, eigentlich aber an alle verantwortlichen Kräfte im  
\* Staat den Appell, es sei "eine Vorstellung darüber erforderlich, wohin  
\* der Weg noch führt und in welchem Tempo er beschritten werden kann".  
\* Mit einem Rezept des "laufenlassens" kommt man nicht weit und nicht  
\* weiter.